

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, Mai 2011

61. Jahrgang, Nr. 703

Sozialgericht Neuruppin: SED-Opfer mit Respekt behandeln

von Dr. Frieder Weiße

Wie in der April-Ausgabe der FG bereits berichtet wurde, hat das Präsidium des Sozialgerichts Neuruppin Forderungen u.a. der VOS zum Anlass genommen, der dort tätigen Richterin, die früher als IM der Stasi gearbeitet hatte, die Zuständigkeit für Rehabilitierungssachen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen zu entziehen. Inzwischen hat der Direktor dieses Gerichts, Herr Möller, dem Landesvorsitzenden Berlin-Brandenburg der VOS mit einem persönlichen Brief, eingegangen am 17.05.2011, geantwortet, in dem es heißt:

„Dass die Justiz in einer offenen Gesellschaft kritisch begleitet und hinterfragt wird – und zwar auch in personellen Fragen –, ist für mich nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern geradezu geboten. Nur so kann die Rechtsprechung die ihr zukommende Aufgabe erfüllen und erwarten, dass ihre Entscheidungen auf breite Akzeptanz stoßen.“

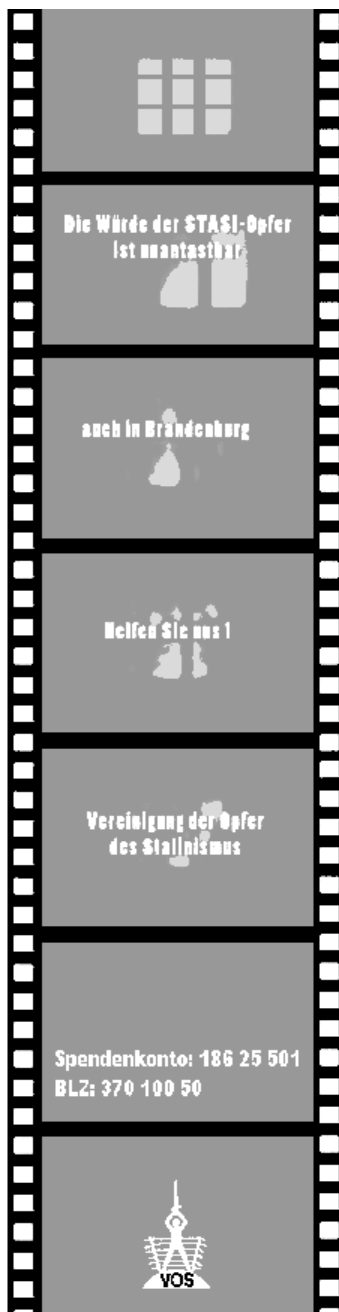
Auch habe die bisherige Zuständigkeit der genannten Richterin nicht in der Praxis zu Entscheidungen in Rehabilitierungssachen geführt. Entgegen anderslautenden Berichten sei die Richterin auch nicht am Sozialgericht Neuruppin „befördert“ worden.

Nicht vorenthalten werden soll den Leserinnen und Lesern der FG die Schlussbemerkung des Sozialgerichtsdirektors in dem Brief:

„Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich auch künftig besonderes Augenmerk darauf legen werde, dass an dem Sozialgericht Neuruppin Opfer des SED-Staates jederzeit fair und mit dem gebotenen Respekt behandelt werden. Besonders wichtig halte ich es in diesem Zusammenhang, dass in den versorgungsrechtlichen Verfahren, in denen es um Entschädigung für durch Unrechtsmaßnahmen der DDR (meist durch Haft) verursachte Gesundheitsschäden geht, Gutachter bestellt werden, die erfahren und mit den Verhältnissen in der DDR bestens vertraut sind. Auf meine Anfrage Ende letzten Jahres haben mir die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg und der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Berlin besonders geeignete Fachleute empfohlen, die von dem Sozialgericht seitdem in derartigen Verfahren beauftragt werden.“

TV-Werbung für die VOS

Im Mai wird zwei Wochen lang mehrmals täglich vor der Nachrichtensendung „Journal“ des privaten Brandenburger TV-Senders SKB für unseren Verein geworben. Mit dem 30-Sekunden-Spot unter dem Slogan: „Die Würde der Stasi-Opfer ist unantastbar, auch in Brandenburg“ macht die VOS auf die mangelnde Aufarbeitung der SED-Diktatur dort aufmerksam. In Brandenburg/Havel wird in Kürze der Oberbürgermeister neu gewählt. Kandidat Norbert Langerwisch ist aufgrund seiner 51-seitigen Akte vom Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen als IM eingestuft worden. Im TV-Werbespot wird auch das Logo der VOS und deren Spendenkonto genannt. In der nächsten Ausgabe berichten wir, ob und wenn ja wie viel Geld eingegangen ist. Möglich wurde diese Werbeaktion durch einen Sponsor, der den mitgliederstärksten SED-Opferverband in dieser Form unterstützen wollte. Der VOS sind also keine Kosten entstanden. R. Lässig



Ich weiß nicht, wie es Ihnen bzw. euch geht, aber seit am Wochenende des 14. Mai der Bundesparteitag der FDP stattgefunden hat, muss ich noch öfter als in den letzten Wochen an 2013 denken, das Jahr der nächsten Bundestagswahl. Der Gedanke, dass es Änderungen in der politischen Struktur geben wird, nimmt für mich konkretere Formen an. Die FDP, die zuletzt der Garant für eine eher konservative Regierungspolitik war, ist mittlerweile zum Leichtgewicht mutiert, daran ändern weder personelle Umbesetzungen noch markige Parteitage etwas. Der Abgang von Guido Westerwelle, dem die Partei den gewaltigen Aufstieg im letzten Jahrzehnt verdankt, war möglicherweise das falsche Signal. Wer viel macht, der macht auch Fehler. Wer wenig macht, der macht wenig Fehler. Und wer die Fehler der anderen dafür verantwortlich macht, dass die Partei ins Umfragetief geraten ist, der ist dann auch schon wieder nicht fehlerfrei. Schon während des Parteitages hat der neu gewählte Vorsitzende Rösler das getan, was vorher schon falsch gewesen ist, nämlich in Offenheit den Koalitionspartner CDU/CSU attackiert. Man muss weder Insider der Politik sein noch einer Regierungspartei nahe stehen, um zu erkennen, dass die Wähler keinen Streit innerhalb der Koalition wollen. Im Gegenteil, wenn ich mich mit meiner Wählerstimme für eine Politik ausspreche, dann erwarte ich von dieser einheitliches Handeln. Wenn der kleine Partner einer Kollation dem größeren beständig Knüppel in die Beine wirft, muss dieser zwangsläufig zu Fall kommen. Er selber fällt allerdings mit. Und ob die FDP mit ihrem Lieblingsthema Steuersenkungen auf Dauer eine breite Masse, zumindest aber fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen, einheimsen kann, bleibt fraglich.

Auch was die Atompolitik angeht, dürften inzwischen selbst mittelmäßige Politiker wissen, dass dieses Thema besetzt ist, zumal es die Grünen seit Jahrzehnten vereinnahmt (und verwaltet) haben. Egal dass die anderen Parteien dieses Thema mittlerweile ebenfalls ausschachten wollen, wird den Grünen allein die Hauptkompetenz zugesprochen bleiben.

Guido Westerwelle ist klugerweise dem Druck der Mitglieder gewichen, er hat sich im Stil eines kompetenten Politikers verabschiedet, er hat seinen guten Ruf und die große Wertschätzung behalten. Ob man ihm nun auch noch den Posten des Außenministers abjagen wird, mag dahingestellt bleiben. Ganz sicher wird er weiter in den Medien und bei Foren ein gefragter Mann bleiben.

Auf ein Wort = des Redakteurs

Ob das auf die FDP und deren übrige Mitglieder ebenso zutrifft, egal ob diese nun geblieben oder neu in den Vorstand gewählt wurden, stellt sich für mich eher zweifelhaft dar. Rainer Brüderle beispielsweise hat mich mit seinem Auftreten beim Sonntagsabend-Talk mit Anne Will, als es um die Kommunismus-Debatte ging, total enttäuscht. Gerade dieses Thema, bei dem es um mehr geht als um Alltagspolitik, verlangt neben theoretischem Wissen auch Leidenschaft und Abgrenzung. Offenbar wurde die Auseinandersetzung mit dem Thema Kommunismus in der FDP inzwischen an den Rand gerückt. Der Personalkampf und die Beschäftigung mit sich selbst prägen das Bild der Partei. Das war in früheren Zeiten anders, als insbesondere Herr Genscher im politischen Rampenlicht stand.

Natürlich scheint angesichts der Situation der Linken für viele im Land eine Auseinandersetzung mit dieser Partei nicht mehr notwendig. Im Linken-Vorstand geht es drunter und drüber, das Messerwetzen ist weithin zu hören, die Drittklassigkeit einiger Funktionäre wird sogar bei Desinteressierten wahrgenommen, die Anmaßungen und Fehleinschätzungen der „führenden Köpfe“ sind auf SED-Niveau gesunken. Auch hier geht es nur um persönliche Machtsicherung, und da wird genauso wenig aufeinander Rücksicht genommen wie in anderen Parteien. Das Themenspektrum ist dafür jedoch noch bescheidener als bei allen übrigen Parteien. Auch hier Atomkraft, dazu das alte Lied von Hartz vier und die Nazi-Keule. Nach wie vor fehlt eine konsequen-

te Positionierung zu den Verbrechen der Vergangenheit, ist man in dieser Partei auch nicht in der Lage, sich definitiv von den Gewaltaktionen der ultralinken Szene loszusagen. Man möchte alles bestimmen und alles beherrschen. Wie einst, als man noch SED hieß und Andersdenkende hinter Gittern verschwinden lassen konnte. Neue Wählerinnen und Wähler wird man mit diesen Methoden nicht mobilisieren; und die alten, noch aus der DDR her geretteten, sterben weg.

Dennoch sind für die nächste Bundestagswahl die Weichen noch nirgends gestellt, und der Zug, den die Wählerinnen und Wähler auf die Reise schicken werden, steht noch im Abstellgleis. Auch Frau Merkel kann sich nicht sicher sein, dass sie bei der nächsten Legislatur-Etappe die Lok steuert. Wir kennen inzwischen das Modell Baden-Württemberg, wo die CDU zwar stärkste Fraktion im Landtag geworden ist, wo aber die Grünen erstmals den Ministerpräsidenten stellen. Diese Variante ist durchaus auch als Ergebnis einer bundesweiten Wahl möglich. Die CDU und die CSU wären demnach gut beraten, sich um alle Schichten und alle Menschen im Land zu kümmern. Jede einzelne Stimme hat Bedeutung, auch die der ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur. Wir warten weiter auf Verbesserungen. Auch wenn es nun die zigfachste Wiederholung ist: Anpassung der Opferrente an die Inflationsrate, Aufhebung der Halbjahresklausel und spürbare Erleichterungen bei der Abwicklung von Rehabilitierungsverfahren. Solange auch nur der letzte Kamerad aus unseren Reihen in der Lage ist, diese Verbesserungen anzumahnen, wird es auch geschehen. Und solange es Politiker gibt, die sich diesen Forderungen verschließen, kann die Behandlung der SED-Opfer nicht als gerecht vollzogen und abgeschlossen gelten. Mögen wir in den Reihen der VOS vielleicht zur Parteienlandschaft unterschiedliche Meinungen haben, so denke ich, in Sachen Leistungsverbesserung für die Leiden der Vergangenheit stimmen wir in der VOS alle überein. Es muss mehr passieren.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Rechtsprechung mit Verantwortung erfüllen

Direktor Präsidium des Sozialgerichts Neuruppin, beantwortet Schreiben der VOS

VOS präsentiert sich öffentlich

Gelungener Fernsehspot könnte mehr Verständnis für die Probleme der Opfer bringen

Redaktionsthema:

Bekommt Deutschland nach dem Absturz der FDP eine neue politische Ausrichtung? 2

„Aktion Ungeziefer“ und Verhaftungen

Bericht vom 22. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung 4

Diktaturen – Albtraum mit Verklärung

Maifeiertag für politische Aufklärung genutzt 5

Die gesamte DDR eine LPG vom Typ null

Walter Ulbricht und sein Reich 6

Nicht Rache soll sein, sondern Erinnerung

Gedenkveranstaltung in Prenzlau gut besucht 7

Brandenburgs Justiz mit Sumpfstellen?

Wird es im „Flach-Ländle“ jemals eine Aufklärung über Stasi-Belastete geben 8

Erinnern und Aufklären verbessern

Junge Union Eichsfeld mit Initiative 9

Erfahrungen vermitteln und helfen

Die Lage in Tunesien erinnert an Situation nach dem Mauerfall in Deutschland 9

Der „Paketschwund“ in der DDR

Was heute grotesk erscheint, gehörte damals zum (Zoll- und Stasi-)Alltag 10

Das bittersüße Zuchthaus-Leben der DDR und das Wahrheitsproblem

Jörg Bilke mit weiteren Argumenten 11

Fast die ganze Familie wollte in den Westen

Christian M. Lappe aus den USA berichtet
Erster Teil des Fortsetzungsberichts 12 -13

Politik und Konservatismus

Eine philosophische Betrachtung 14

Unerwünscht, aber unaufhaltsam?

Der nächste Kommunismus-Marxismus-Kongress findet Anfang Juni statt 15

- Infos, VOS-Nachrichten, Leserbrief 5/7, 9, 15

- Zitate, Gedicht 8, 13, 16

- Verstorbene 15

Auch im Mai viele Spender

Horst Krutzsch, Werner Modrow, Klaus-Ludwig Goos, Gerd Marten, Heinz-Günter Lohoff, Lotte Winter, Winfried Streblov, Karl-Heinz Ruhnau, Harald Ruschin, Michael Schulz, Herbert Jacob, Ingobert Gebauer, Horst Schönberg, Joachim Stein, Helga und Joachim Keferstein, Eberhardt Sachs, Helmut Günther, Dieter Veit, Gisela und Dieter Wulff, Karin Seidel, Günter Sachunsky, Günter Heyn, Alexander Zimmer, Johannes Simon, Gabriele und Peter Schlegel, Ursula Feustel, Jürgen Weisbach, Roland Frischauf, Albin Lichy, Margarete Voigt

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön.

Chemnitzer Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes von 1953

Traditionelles Gedenken. Wir laden Euch hierzu

am Freitag, den 17.06.2011, um 11.00 Uhr

ganz herzlich Chemnitz (Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23) ein.

Im Vorfeld der Gedenkveranstaltung versuchen wir wieder eine Besichtigung der ehemaligen U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu organisieren. VOS-Chemnitz Müllerstraße 12, 09113 Chemn. Tel. 037209/80481.

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

VOS-Bezirksgruppe Leipzig lädt zum Gedenken an den Volksaufstand von 1953 ein

Die Bezirksgruppe der VOS Leipzig lädt zu den diesjährigen Feierlichkeiten zum Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953

17. Juni 2011 um 17 Uhr in die Straße des 17. Juni, vormals Beethovenstraße, ein

Der Vorstand, R. Schenk

Außerordentliche Generalversammlung abgelehnt

Satzungswidrige „Initiative“ erzielt nur 2 % - Vorstand sieht sich gestärkt

Am 07. April 2011 gab Herr Klaus Hoffmann, Mitglied der VOS-Bezirksgruppe Berlin, dem Bundesvorstand brieflich bekannt, dass eine „Mitgliederinitiative“, die ihn zum Treuhänder erklärt habe, eine Abstimmung in der VOS zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung nach § 16 Absatz 3 der Satzung durchführt. Allerdings hielt sich die „Initiative“ nicht an die Satzung, weil sie den Bundesvorstand übergang, indem sie den Delegierten Abstimmungsbögen mit der Aufforderung zuschickte, diese ausgefüllt an Herrn Hoffmann zurückzusenden. Im Begleitbrief erhob die „Initiative“ Vorwürfe gegen den Bundesvorstand vor allem in Bezug auf Satzungsänderungen, Abstimmungen und die Geschäftsberichte.

Haltlose Vorwürfe dieser Art hatte bereits im vergangenen Jahr eine andere Person verbreitet. Auf Drängen des Bundesvorstandes übergab Herr Hoffmann diesem am 16. Mai 2011 das Abstimmungsergebnis. Demnach stimmte einer der 59 Delegierten für das Anliegen der „Mitgliederinitiative“, was einer Zustimmungsquote von 2 % entspricht.

Die von Herrn Hoffmann vertretene „Initiative“ ist somit gescheitert; eine außerordentliche Generalversammlung wird nicht einberufen. Durch das deutliche Abstimmungsergebnis sieht sich der Bundesvorstand in seiner Arbeit bestätigt und spricht von einem beeindruckenden Rückhalt, den die Delegierten sowohl dem Vorstand wie auch dem Verband hiermit geben.

(siehe auch Satzungsänderung Seite 15)

Das Zitat:

Die Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge in der VOS übersetzt und kommentiert die Vorgänge jener SED-Diktatur bis in die Gegenwart in einer herausgehobenen kulturhistorischen Dimension, wobei die Freiheitsglocke als eigenständiges Presseorgan eine entscheidende Rolle spielt.

Andreas Kaiser, Künstler

Der Boden in Bautzen ist mit Tränen und Blut getränkt

5. und 6. Mai 2011 fand in Bautzen das 22. Bautzen-Forum der Friederich-Ebert-Stiftung statt

Das diesjährige Bautzen-Forum stand unter dem Thema: „50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem antifaschistischen Schutzwall.“ Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Christoph Kleßmann aus Potsdam. Der große Saal des Brauhauses in Bautzen war wieder vollständig gefüllt.

Erfreulich, dass auch die Medien, Jugendliche und Lehrer unter den Teilnehmern waren. Das zeigt, dass auch nach über zwei Jahrzehnten das Interesse am Bautzen-

Forum ungebrochen ist. Landtagsabgeordneter Marko Schiemann CDU hob in seiner Begrüßungsansprache das Forum deshalb auch als große Leistung, als bedeutendstes Forum dieser Art in Deutschland hervor. Von Bautzen ist der Ruf nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit schon 1952 hinter Mauern hervor hinaus in die Welt gegangen. Daher müsse auch der Häftlingsaufstand von 1952 als wichtiges geschichtliches Ereignis höher als bisher gewürdigt werden, war eine der Schlussfolgerungen. Der Ruf aus Bautzen müsse auch heute weiter Gerechtigkeit für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft einfordern.

Interessant auch, was die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Friedel in ihrer Begrüßungsansprache aus der Sicht der jüngeren Generation über das „Mauererleben“ schilderte: wie sie z. B. nach und nach begriffen habe, dass die Mauer kein Naturgesetz ist und dafür warb, das Verkehrte im Normalen aufzuspüren - was auch in der Demokratie noch immer wichtig sei.

Prof. Kleßmann ging davon aus, dass die DDR insgesamt ein „einzig großer Knast“ gewesen ist, die Mauer in Berlin aber besonders krass eine in Jahrhunderten gewachsene Stadt zerteilt habe. Er erläuterte die uns allen bekannten Fakten ab dem 13. August 1961 mit Folgen wie der Zerrissenheit der Familien, dem Schießbe-

fehl, den Fluchtversuchen, den Mauertoten und des Einsperrens eines ganzen Volkes.

Eine ganze Reihe von Details und Hintergründen machten sein Referat besonders anhörerswert: So z. B. die Abwägungen und Überlegungen der USA und der



Westmächte insgesamt und andererseits der Sowjets vor dem Bau der Mauer. Er stellte in diesen Zusammenhang auch die vorausgegangenen Maßnahmen der DDR dar, um den Flüchtlingsstrom abzubremsen. Dazu gehörten die „Aktion Ungeziefer“, die Verschärfung von Grenzkontrollen und andere. Trotzdem wuchs der Flüchtlingsstrom bis auf über 1.000 täglich bis 1961 an. So sei die Grenzschießung schließlich eine Art Notbremse gewesen.

Natürlich verwies Professor Kleßmann auch auf die von der SED, entgegen der eigenen Propaganda („überholen ohne einzuholen“) nicht lösbare merkliche Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR. Er nannte Ulbricht den „drängenden Teil des Mauerbaues“, aber ohne Chruschtschow wäre die Mauer nicht denkbar gewesen. Einen direkten Schießbefehl habe es zwar nicht gegeben, aber Honecker habe die Weisung dazu erteilt, gegen Verräter und Grenzverletzer die Schusswaffe anzuwenden“. Durch die Erziehung zum Hass ist dann diese Weisung zum Todesschuss eskaliert.

Insgesamt wurde in Bautzen auch in der Diskussion wieder deutlich, wie schwer die Narben verheilen können. Der Boden in Bautzen ist mit Tränen und Blut getränkt.

Bernd Müller-Kaller, VOS-Landesvorsitzender Sachsen

Ab dem 20. April bis zum Jahresende 2011 wird in der Gedenkstätte Bautzen eine gemeinsame Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Zeitungen »BILD« und »Die Welt« gezeigt. Auf großformatigen Plakaten wird die Geschichte der Berliner Mauer erzählt. Teilweise erstmals wieder nach Jahrzehnten gezeigte Fotografien aus den Archiven der beiden Zeitungen dokumentieren nicht nur den Bau, sondern auch die Auswirkungen

der Mauer auf die Bürger Berlins und beider deutscher Staaten. Der innerdeutsche Grenzausbau, Fluchten, Fluchthilfe und nicht zuletzt auch politische Haft in Bautzen – das Schicksal vieler Deutscher in Ost und West wurde durch die Mauer geprägt. Anlässlich

des Themas wird die Ausstellung an einem symbolischen Ort präsentiert: Ausstellungsfläche ist die über vier Meter hohe Mauer der Fahrzeugschleuse des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Bautzen II. Die Gefängnismauern isolierten die Gefangenen von der Außenwelt und waren zugleich ein Schnitt durch die Stadt Bautzen.

Infos zur Ausstellung zu allen in diesem Rahmen in der Gedenkstätte stattfindenden Ver-

anstaltungen finden sich unter:

www.gedenkstaette-bautzen.de oder
www.facebook.com/gedenkstaettebautzen
sowie Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte
Tel.: 03591 530362.

Die Mauer.
Eine Grenze durch Deutsch-
land
Ausstellung

Wege in den Kommunismus sind ein einziger Albtraum

Kamerad Reinhard Golde redet bei Maikundgebung in Emlichheim Klartext

Das ist wahrlich nicht die Regel: Ein ehemaliger politischer Häftling der DDR, zudem Mitglied im Opferverband VOS, tritt als Redner bei einer Maikundgebung des Gewerkschaftsbundes auf. Und das war am Ersten Mai, dem sogenannten Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter, in Hoogstede der Fall.

Hoogstede, wer das nicht wissen sollte, ist eine Gemeinde im Landkreis Grafschaft Bentheim im westlichen Niedersachsen. Emlichheim, der Ort der Veranstaltung, liegt zehn Kilometer entfernt. In Hoogstede, wie schon mehrfach berichtet, hat unser Kamerad Reinhard Golde seinen Wohnsitz, er übersiedelte zur Zeit der deutschen Teilung nach zweieinhalb Jahren Haft hierher. In der DDR hatte er 52 Ausreiseträger gestellt, bevor all dies geschehen musste bzw. konnte.

gliedert sich teils offen zur Partei Die Linke bekennen und man als ehemaliger politischer Häftling des Ulbricht-Honecker-Staates einfacher immer schon gern in die rechte politische Ecke gestellt wird.

Wehret den Anfängen! Nie wieder Wege in den Nationalsozialismus! Nie wieder Wege in den Kommunismus.

Anlass dazu haben ihm nicht zuletzt die Äußerungen der Linken-Vorsitzenden Löttsch gegeben, die sich selbst als Demokratin bezeichnete, dennoch eine Einladung zur Pro-Kommunismus-Konferenz angenommen hatte, bei der es zu rowdyhaften Ausschreitungen gegen friedliche VOS-Demonstranten ge-

Zuchthäuser, Folter und Konzentrationslager. Demgegenüber stellte er die irrige Behauptung der Linken dar, dass man den Weg zum Kommunismus ausprobieren müsse, um irgendwann eine passende Variante gefunden zu haben.

Eine derartig ungeschminkte Darstellung der Kommunismus-Propaganda ist natürlich gerade im „tiefen Westen“ angebracht. Glauben doch immer noch genug unbedarfte Bürgerinnen und Bürger die Vorzeichen einer kommunistischen Gesellschaft hätten ähnliche Züge wie einst die der politischen Neustarter „Die Grünen“, die durch unkonventionelles Auftreten und provozierende Äußerungen die Polit-Kultur im Lande verändert haben, und dies gewiss nicht zum Nachteil der Gesellschaft. Kommunismus hingegen bedeutet Zerschlagung aller Strukturen, vordergründig der Eigentumsverhältnisse, was niemals auf freiwilliger Basis geschehen kann und somit unweigerlich wieder Mord- und Totschlag zur Folge hätte.

Unmissverständlich beschied Kamerad Golde die etwa fünfzig Zuhörer, dass es auch keinen Mittelweg zwischen Kommunismus und Demokratie geben kann. Seine Forderung lautete: Wehret den Anfängen! Nie wieder Wege in den Nationalsozialismus! Nie wieder Wege in den Kommunismus.

Natürlich steht Golde auch auf Seiten der gerechten Forderung nach Mindestlöhnen und nach einer insgesamt fairen Bezahlung von ehrlicher Arbeit. Er bekräftigte es in seinem Referat und zog die Schlussfolgerung: Auch das macht eine demokratische Gesellschaft aus. Wichtig sei es, sich in allen gesellschaftlichen Ebenen zu engagieren, um nicht eines Tages in einer neuerlichen Diktatur aufzuwachen.

Tom Haltern



Wehret den Anfängen! Rainer Golde (am Rednerpult) warnt vor Diktaturen jeglicher Art

Reinhard Golde hat sich insbesondere in den letzten Jahren mit Nachdruck für die Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen eingesetzt, er betreibt konsequente Geschichtsaufarbeitung und informiert gerade in einer Region, die sich seit eh eher zum Nachbarland Holland orientiert hat, über die Fakten und Zusammenhänge in Sachen Teilung und ideologische Verklärung der marxistisch geprägten DDR-Ideologie.

In seinem Vortrag am Maifeiertag für den Ortsverband Emlichheim/Neuenhaus hat er das – erwartungsgemäß – nicht anders gehalten. Egal, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund ein Verband ist, dessen Mit-

kommen ist. Frau Löttsch hat es nicht mal für nötig gehalten, auf diese von den Linken geduldeten Vorkommnisse einzugehen, geschweige denn diese mitzuverantworten oder sich auch dafür zu entschuldigen.

Reinhard Golde bezog sich in seinem Vortrag auf einen Aufsatz über totalitäre Systeme von Waldemar Ritter und Jürgen Maruhn, der den Titel trägt „Zurück in den Kommunismus? Eine sozialdemokratische Antwort“. Er schilderte die Ära des Kommunismus als einen Albtraum, dem mehr als 100 Millionen Menschen zum Opfer gefallen seien. Dazu gehörten Deportationen, Vertreibungen, Hinrichtungen, Massensterben durch Hunger und Seuchen,

Hinweis

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden! Am 13. August jährt sich der Tag des Mauerbaus zum 50. Mal. Beiträge, die diesem Gedenktag bitte rechtzeitig einreichen, ebenso Veranstaltungshinweise. *Euer Redakteur*

Der Mann mit dem Spitzbart, der Peinlichste, den wir je hatten

Vor vierzig Jahren wurde der 1. SED-Sekretär Ulbricht abgesägt

Am 3. Mai 1971, also vor vierzig Jahren, trat nach mehr als zwanzig Jahren Funktionärstätigkeit der bis dato bestimmende SED-Politiker auf – angeblich – eigenen Wunsch zurück. Walter Ulbricht, von Beruf Stellmacher, von Gesinnung her Kommunist und als Politiker zum einen unbeholfene Marionette Moskaus, zum anderen skrupelloser Schurke, wenn es darum ging, echte oder vermeintliche Staatsfeinde aufs Äußerste zu bestrafen, wenn es darauf ankam, die eigene Bevölkerung einzusperren, zu verdummen und im eigenen Interesse unmündig zu halten.

Es hat im wahrlich turbulenten Mitteleuropa des zwanzigsten Jahrhunderts wohl keinen mit einer solchen Machtfülle ausgestatteten Politiker gegeben, der sich gleich Ulbricht selbst der Lächerlichkeit preisgab. Keiner war an Gestik, in Rhetorik und mit Umgangsformen so arm und ungeschliffen wie der erste Staatsratsvorsitzende jenes Arbeiter- und Bauernstaates namens DDR. Über keinen kursierten derart bissig böse Witze im „eigenen“ Volk wie über den Mann, den sie Spitzbart oder Walterchen nannten, der selbst jedoch keinen Funken offenen Humors besaß und der die noch so harmlose Veralberung seiner Person, die letztlich nichts weiter als die Darstellung seines Spiegelbildes war, gnadenlos mit Todesstrafe, Haft und Erziehung büßen ließ. Zu Ulbrichts markanten Entscheidungen gehört der Bau der Mauer im Jahre 1961. Sicherlich war dies ein Schritt, der nicht ohne Moskaus Rückendeckung und ohne das aktive Mittun der übrigen Politbüro-Akteure, insbesondere Erich Honeckers, realisierbar gewesen wäre. Und doch gebührt Ulbricht die Verantwortung für Einführung dieser bis dahin einmaligen Grenzanlage der Neuzeit. Vor allem die Art, die sich durch die brutale Anwendung von Schusswaffen gegen eigene Bürger darstellt, die Errichtung von Minengürteln und die Bestrafung von ertappten „Grenzverletzern“, waren inhuman und undemokratisch.

Drei Jahre Knast gab es 1962 allein für den: Walterchen hat das rechte Ohr verloren. Er hatte es auf die Schienen gelegt, um zu horchen, ob endlich ein Zug mit Zwiebeln kommt.

Auch innenpolitisch war Ulbricht unfähig, Flexibilität zu zeigen. Alles, was über seinen Verstand hinaus ging, und das war viel, wurde als kapitalistisch, faschistisch und natürlich militaristisch abgewürgt. Mit dem berüchtigten 11. Plenum zur Mitte der 1960er-Jahre erlahmte die noch vorhandene Kreativität einzelner Künstler, ordnete sich der offizielle Unterhaltungstrend endgültig der starrköpfigen Denkweise des sowjethörigen Sachsen unter. Ein politischer Autismus, der wahrlich schmerzte. Die gesamte DDR eine LPG vom Typ null.

Ungeachtet seiner banalen Ausstrahlung versuchte Ulbricht, vor dem Volk populär zu sein. Er turnte mit brei-

ten Hosenträgern und Überhüftosen auf dem Sportfest, er kauete vor Kameras im Kreise gedungen freundlicher Arbeiter mit seiner Fistelstimme hohle Politphrasen durch und tauschte mit Nikita und später mit Leonid feuchte Bruderküsse aus, deren Anblick uns heute noch schaudern lässt. Nicht zuletzt schreckte der oberste DDR-Repräsentant davor zurück, von sich selbst Briefmarken drucken zu lassen. Eine ganze Serie davon durchzieht die 1960er-Jahre. Vom Wert á 5 Pfennig bis zu einer DDR-Mark. Ob man wollte oder nicht, musste

Geschichte:

3. Mai 1971



man vor dem Versenden eines Briefes die Rückfront des Staatsratsvorsitzenden belecken. Der Geschmack blieb so fade wie die Politik dieses Unglücksboten einer eigentlich so schwungvoll starten wollenden Arbeiterbewegung. Vielleicht war das trotz der vielen mit Ulbrichts Regentschaft verbundenen Repressalien und Opfer gut so, denn ein etwas geschmeidigerer, ein nur ein bisschen sympathischer daher kommender Agitator hätte in jenen Jahren den von Anbeginn zum Bankrott verurteilten Kommunismus glaubhafter und verheißungsvoller verkauft und die Menschen wären ihm auf den Leim gegangen. Keineswegs eine gute Vision.

So jedoch hatte die DDR ihren Ulbricht, und so ziemlich jeder Mensch mit gereiftem Menschenverstand inner- und

außerhalb von Mauer und Stacheldraht wusste, woran man war. Mit der DDR, mit dem Sozialismus und mit den „teuren und teuersten“ Genossen.

Man kann übrigens nicht behaupten, dass Ulbrichts Abgang und sein Ende, das zwei Jahre später kam, in irgendeiner Art glorreich oder gar beneidenswert gewesen wären. Am 3. Mai 1971 musste der Spitzbart „auf eigenen Wunsch“ zurücktreten. Es war das sang- und klanglose Ende einer für diesen Typus Mensch letztlich einmaligen Politiker-Karriere. Rücktritt, gefeuert, abgeschwiegen. Irgendwann die Frage: Ulbricht, wer, bitte schön, soll das gewesen sein?

Dass er dann 1973 im unpassenden Moment starb, vervollständigte die Bedeutungslosigkeit, in die er nach dem Abschiedstritt gefallen war. Die Weltfestspiele der Jugend, nach denen sein Nachfolger und Erb-Feind Honecker so gierig gedürstet hatte, ließen weder Platz für Trauer noch für eine Würdigung, was der lebenden Politriege keineswegs ungelegen kam. Der eine Tyrann war tot, der andere lebte und feierte mit der Weltjugend im einstigen Walter-Ulbricht-Stadion in der Berliner Chausseestraße. Aber das Schicksal hielt sich an jenem Erich nicht minder schadlos als an seinem Vorgänger: 1989, Degradierung, Demütigung und das gar noch vor laufenden Kameras. Später umhergestoßen, umhergeirrt, vor Gericht gezerrt und von den eigenen Mitläufern geschmäht und gemieden. Der Sündenbock der Partei. Schließlich der Tod in der Fremde.

Das sind, das waren sie, die Ulbrichts, die Honeckers. Neue von dieser Sorte brauchen, wollen wir nicht. A.R.

Wir wollen nie wieder eine Diktatur!

Gedenkstunde für die Opfer des Stalinismus in Prenzlau/Uckermark mit vielen Teilnehmern und mit wichtigen Reden der Politiker

Am Ersten Mai trafen sich in Prenzlau vor dem ehemaligen NKWD-Keller in der Friedhofstraße die Opfer des Stalinismus und des SED-Unrechtsstaates und Hinterbliebene zu einer Gedenkfeier. Obwohl sich die Reihen der Betroffenen stark gelichtet haben, überstieg die Zahl der Teilnehmer mit 50-60 Anwesenden die Erwartung bei Weitem. Viele Opfer, vor allem aus den alten Bundesländern, konnten alters- oder krankheitsbedingt nicht mehr an der Veranstaltung teilnehmen.

Wir bedanken uns deshalb besonders bei Prof. Dr. Uhlig, der unserer Einladung mit zahlreichen Teilnehmern des Heimattreffens ehemaliger Prenzlauer gefolgt war.

Eingeladen und erschienen waren auch die Vertreter der etablierten Parteien, darunter der ehemalige Bundestagsabgeordnete Markus Meckel (SPD) und der ehemalige Bürgermeister der Stadt Prenzlau Jürgen Hoppe (SPD). Beide waren nach der Wende ständige Teilnehmer unserer Gedenkveranstaltungen. Sie unterstützten unsere Vereinigung, wo immer sie konnten, vor allem auch durch Redebeiträge. Unser Dank ist ihnen sicher.

Der Initiator dieser Feierstunde Günter Arndt, Vorsitzender der Bezirksgruppe Prenzlau der VOS, selbst von 1945 bis 1948 vom NKWD interniert, erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, dass vor 21 Jahren vor dem damaligen NKWD-Keller in der Friedhofstraße 4 der Gedenkstein aufgestellt wurde. Ohne die Unterstützung des ehemaligen Bürgermeisters Jürgen Hoppe und des Pfarrers Quart wäre dies nicht möglich gewesen.

Wir sind noch heute dankbar dafür.

Unser Haftkamerad Günter Arndt führte weiter aus, dass in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung bis zu dreißig ehemalige Häftlinge des NKWD an den Gedenkstunden teilnahmen. Heute sind es bedeutend



weniger, so sind z. B. aus dem Lager Ketschendorf noch zwei dabei.

Weit über die Hälfte der Internierten und Verurteilten des NKWD aus dem Altkreis Prenzlau sei bereits verstorben. Eingehend auf die Inschrift in der Mauer: Wir wollen vergeben, wollen keine Rache, wir wollen nie wieder eine Diktatur!, sagte Günter Arndt: „Wir können nur dann vergeben, wenn sich die Täter auch zu ihrer Schuld bekennen.“ Grußworte an die Anwesenden richteten der Landrat des Uckermark-Kreises Dietmar Schulze und der Bürgermeister der Stadt Prenzlau Hendrik Sommer. Beide Politiker wiesen auf die Notwendigkeit hin, dass das damalige Geschehen unbedingt wachgehalten und vor allem die Jugend darüber informiert werden müsste. Hier bestünde noch ein großer Nachholbedarf. Auch die Arbeit der Bezirksgruppe Prenzlau und der ehemaligen Häftlinge aus den alten Bundesländern und Berlin wurde gewürdigt. Sowohl der Landrat als auch der Bürgermeister versicherten, die Anliegen unserer Vereinigung zu unterstützen.

Am Schluss der gelungenen Veranstaltung wurde in einer Schweigeminute der Toten gedacht und am Gedenkstein Blumen niedergelegt.

Hans Stein

Das Gedenken gilt auch dem Kameraden Werner Alfred Flach, der durch ein verbrecherisches Urteil von einem DDR-Militärgericht in Prenzlau zum Tode verurteilt und am 11. Februar 1956 hingerichtet wurde.

Das Gedenken an jene Menschen, die Opfer des neuen Unrechtssystems waren, wurde an der Tafel, die am 23. Juni 1990 in der Prenzlauer Friedhofstraße angebracht wurde, vorgetragen. Bedeutende Politiker aus der Region nahmen daran teil. Erinnert wurde durch folgende Mahnsätze:

Wir gedenken unserer toten Kameradinnen und Kameraden,

die im GPU-Keller in Prenzlau ums Leben kamen,

die aus der schweren Internierungshaft nicht zurückkehrten,

die als Verurteilte in den Konzentrationslagern der Sowjets in Ost- und Mitteldeutschland und in den Gulags in der Sowjetunion umkamen

die durch Krankheiten, die sie sich in der Haft zuzogen, viel zu früh verstarben.

Inschrift der Gedenktafel

*Den Opfern des Stalinismus
1945 - 1989*

*Hier wurden 1945 - 1950
Jugendliche, Frauen und
Männer gefangen gehalten,
verhört und gefoltert.*

*Ihr Leiden und Sterben
war Beginn
eines neuen Unrechtssystems*

*Nicht Rache soll sein,
sondern Erinnerung*

Die Feigheit zu denken und die Feigheit zu lernen

Eine Lesermeinung zum Beitrag „Öffentliche Debatte überflüssig“ in Fg 702, S. 4

☒ Zu vielen zur Normalität stilisierten Auswüchsen im vereinten Deutschland stellt sich nur noch Fassungslosigkeit bei mir ein.

Ignoranz ist der erste Schritt zur Dummheit, mit oder ohne Dokortitel bildet sie das Substrat eigener Feigheit; der Feigheit zu denken, der Feigheit zu lernen.

Leider ist das nicht nur wie gewohnt bei den einstigen Tätern eines menschenverachtenden Systems.

W. Schmidt, Berlin

Gedenken in Falkenberg/Elster mit viel Resonanz

Nachtrag zur Kranzniederlegung zum Jahresende 2010

Wie in jedem Jahr gestaltete auch im November 2010 unsere Kameradin Irene Thomas die Gedenkfeierlichkeiten zum Volkstrauertag aktiv mit. Durch Niederlegung eines Kranzgebindes mit Schleife, auf der im Namen der VOS an die Opfer des Stalinismus erinnert wurde, war der Opferverband auch diesmal präsent. Kameradin Thomas schritt gemeinsam an vorderer Stelle zum Gedenkstein für die Opfer aus Kriegen und Gewalt und nahm wie jedes Jahr an der Gedenkfeier teil.

Die Hauptreden hielten diesmal der frühere Bundestagabgeordnete Stephan Hilsberg (SPD) und der Bürgermeister Herold Quick.

Die Feierhalle des Friedhofs, in der das Gedenken stattfand, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Feier wurde musikalisch ausgestaltet, die Stadt legte ebenfalls ein Kranzgebilde nieder.

Kann man den Stasi-Sumpf noch „abziehen“?

Brandenburger Verwaltung von Stasi-IM durchsetzt

SED-Opferverband fordert flächendeckende Überprüfungen

Zu den skandalösen Feststellungen im Bundesland Brandenburg, wo offenbar noch zahlreiche IM oder gar hauptamtliche MfS-Mitarbeiter ohne überprüft worden zu sein, gut bezahlte Posten im Staatsdienst bekleiden, hat sich die VOS über die Medien abermals eindeutig positioniert.

Insbesondere nach dem Bekanntwerden weiterer Stasi-Fälle im öffentlichen Dienst in Brandenburg hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) nun nochmals deren flächendeckende Überprüfung gefordert. Es könne nicht hingenommen werden, dass DDR-Geheimpolizisten heute das Gemeinwesen des demokratischen Rechtsstaats beeinflussten, noch dazu in herausgehobenen Positionen, betonte der mitgliederstärkste SED-Opferverband.

Hugo Diederich, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender, erklärte: „Die Landesregierung in Potsdam ist gefordert, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Mit dem Unter-den-Teppich-Kehren aus der Stolpe-Ära muss endlich Schluss sein. Es ist für die Opfer eine Zumutung, dass Täter im öffentlichen Dienst in Brandenburg sichere Jobs bekommen haben, während die Opfer um jeden Cent Entschädigung mühsam kämpfen müssen.“

Das Innenministerium in Potsdam hatte notgedrungen Medienberichte bestätigen müssen, wonach neben dem suspendierten

Leiter der Cottbuser Wache auch der Kripo-Chef von Spremberg Stasi-belastet ist. Als IM „Andreas R.“ habe der Mann sowohl Arbeitskollegen und Personen aus seinem Wohnumfeld als auch die eigene Familie bespitzelt. Zuvor war bekannt geworden, dass in der Brandenburger Justiz nicht nur 82 Bedienstete einen Stasi-Hintergrund haben, sondern plötzlich schon 152, wie Justizminister Schöneburg (Linke) einräumen musste. 13 davon sollen als Richter tätig sein, einer als Staatsanwalt.

Besonders skandalös ist, dass ehemalige Haftrichter, frühere Schöffen und weitere Mitarbeiter von DDR-Gerichten, die dafür gesorgt haben, dass die Rechte der Opfer mit Füßen getreten wurden, in gutbezahlten Positionen ihren Dienst tun. Andere Bedienstete sind in den Ruhestand gegangen, sie bekommen Renten, die sie nur durch SED-Mitgliedschaften oder Stasi-Zugehörigkeit erreichten. Auch hier wird nicht hinterfragt, ob eine derartige Verfahrensweise rechtlich zulässig ist. Die moralische Seite dieser Situation wird ohnehin kaum noch diskutiert.

Keineswegs kann davon die Rede sein, dass die ehemaligen Täter ihre Berufe nur in Pflichterfüllung ausübten und sie lediglich Diener des Systems waren. Fast durchgehend handelt es sich um Überzeugungstäter, deren Vorgehen gegen politische Häftlinge eher durch persönliche Boshaftigkeit geprägt war als durch reine Pflichtbereitschaft. Die Beiträge auf den einschlägigen Internetseiten und Leserbriefe in den Postillen zeugen davon, dass der Siegeszug des Sozialismus noch immer als ideologische (Un)Geistesklammer die Hirne dieser Leute umspannt.

Ronald Lässig, H. Diederich

Frei nach Goethe:

Ein Sumpf zieht durch das Ländle hin,
verpestet alles schon Errungene;
den faulen Pfuhl auch abzuziehen,
das letzte wär das Höchsterrungene.

(Faust II)



Aufnahme in Lehrpläne wäre eine Lösung

Eichsfelder Jung-CDU will Gedenkstättenbesuche erhöhen

Der unzureichende Besuch von Gedenkstätten wie Grenz Museen durch Schüler im Landkreis Eichsfeld, einer Region, durch die die frühere Staatsgrenze verlief, wird von der dortigen Jungen Union bemängelt. Demnach entwickeln junge Menschen von sich aus zu wenig Interesse an der Geschichte der einstigen Teilung, so Thadäus König, Vorsitzender des Jugendverbandes. König meint: „Die Gedenkstätten auf Eichsfelder Boden werden viel zu selten von einheimischen Schülern besucht.“ Die Mitarbeiter der Gedenkstätten bestätigen dies.

König, der auch stellvertretender Chef des Landesverbandes ist, hat mit der Jungen Union ein thüringenweites Acht-Punkte-Programm angeregt, das konkrete Vorschläge zur Aufarbeitung des SED-Unrechts enthält. Das Programm beinhaltet Maßnahmen, die von den Gedenkstätten im Eichsfeld schon lange thematisiert wurden. So fordert die Junge Union die Verankerung der Gedenkstätten-Besuche in den Rahmen-Lehrplänen für alle Schulen.

König muss zugeben, dass das Programm bisher kaum auf Interesse gestoßen ist. Er, der selbst Politik studierte und die 40 Jahre DDR „als prägenden Teil unserer Geschichte“ bezeichnet, hält die Vermittlung grundlegenden Wissens zur deutschen Teilung für Jugendliche jedoch für unabdingbar. Durch die Museen bestehe die Chance, den Stoff gegenständlich zu vermitteln. Auch der Einsatz von Zeitzeugen dürfte ein wirksamer Bestandteil sein. König sieht die jetzige junge Generation in der Pflicht, die Erinnerung an die deutsche Teilung und den Unrechtsstaat DDR wachzuhalten. Er warnt vor der allseits sichtbaren Geschichtsverfälschung durch die SED-Erben. Den 50. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August sieht er dabei als gute Gelegenheit, ein breites Interesse zu wecken. Er fordert dabei die Unterstützung der Landesregierung, insbesondere von Kultusminister Christoph Matschie, hier etwas zu unternehmen

Hugo Diederich

Erfahrungen vermitteln und Fehler vermeiden

Frühere Landesbeauftragte reist nach Tunesien

Die Bilder, die bei uns in den Nachrichten zu sehen waren, haben nicht immer den richtigen Stand der Vorgänge vermittelt. Tunesien, Ägypten oder jetzt Libyen. Viele glaubten, es ginge allein um den Sturz korrupter Alleinherrscher. Und doch geschah in den nordafrikanischen Ländern im Namen der Diktaturen, deren Oberhäupter in einigen demokratisch geführten Ländern gar freundschaftlich empfangen wurden, vieles, das eklatant gegen Menschenrechte und demokratische Regeln verstieß. Bürger wurden eingesperrt, gefoltert und zu Tode gebracht, weil sie Meinungen sagten oder Proteste äußerten oder einfach dem Regime unbequem waren. Im Vergleich zur Situation des Unrechtsstaates DDR gab es jedoch keine Bundesrepublik, die versuchte Menschenrechtsverstöße aufzuklären und anzuprangern oder politische Häftlinge freizukaufen, sondern die Diktaturen konnten quasi nach Gutdünken walten. Um nun nachträglich Unterstützung zu geben und sich ein Bild von der gegenwärtigen Lage im Land zu machen, reisten in diesem Jahr Edda Ahrberg, erste Landesbeauftragte Sachsen-Anhalts, und der Berliner Gedenkstättenleiter Dr. Hubertus Knabe nach Tunesien, wo sich nach Jahrzehnten der Diktatur eine demokratische Regierungsform bilden könnte und wo es auch darum geht, den Opfern der Diktatur oder deren Hinterbliebenen durch Gedenken und vielleicht Entschädigungen nachträglich Genugtuung und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Auch hier gibt es Akten, Zeitzeugen und inzwischen Kommissionen, die sich der Aufarbeitung widmen. Wichtig, so Frau Ahrberg in einem Interview mit der Magdeburger Volksstimme, sei es auch, für die Opfer Anlaufstellen zu schaffen, wo ihnen Hilfe gegeben wird. Ebenso sollte, wie es Dr. Knabe vorschlug, Gedenkstätten an authentischen Stellen eingerichtet werden, damit die Opfer einen Ort hätten, an dem sie mit dem ganzen Land gemeinsam erinnern, trauern, aber sich auch mit Stolz auf das Geleistete besinnen könnten.

Valerie Bosse

Internes und Wichtiges stand wieder im Mittelpunkt des Treffens

Bezirksgruppe Ostwestfalen-Lippe bleibt sich verbunden

Zur turnusmäßigen ersten von zwei pro Jahr stattfindenden Versammlungen traf sich die VOS-Gruppe aus der Region Ostwestfalen-Lippe Ende März in Bielefeld.



Erfreulicherweise war es dem Landesvorsitzenden Detlef von Dechend möglich gewesen, an dem Treffen teilzunehmen. So konnte er den Versammelten Informationen über die kurz vorher durchgeführte Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes übermitteln. Wesentlich war dabei, welcher (guten) Eindruck der neue Bundesbeauftragte Roland Jahn bei den Kameraden hinterlassen hatte und welche weitere Entwicklung die VOS nehmen werde. Einige interne Dinge, die ansonsten nicht bis nach Westfalen-Lippe getragen werden, konnten die Anwesenden auf diesem Weg ebenfalls erfahren.

Ebenso im Zeichen des Landesvorsitzenden standen Vorführungen zum Thema Zeitzeugen-Tätigkeit der VOS, die derzeit auch unter YouTube im Internet abgerufen werden können. Sie sollen Ansporn für weitere Veranstaltungen sein.

Erfreulich, dass die Kameradinnen und Kameraden mit großer Zuverlässigkeit ihren Weg zu den jeweiligen Treffern finden. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von Bernd Pieper und Eric Hofmann.

V. Bosse

Auf einige West-Pakete warten wir noch heute

Heinz Schneider mit einer weiteren aufschlussreichen Anekdote in Sachen DDR-Aufarbeitung

In der Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatten uns die Cousine Elfi Martner, ihr Mann Heini und ihre drei Kinder Otto, Stephan und Christine bereits das zweite Mal in Prenzlau in der damaligen DDR besucht und fuhren mit uns in die Bezirkshauptstadt Neubrandenburg, wo wir in einer KFZ-Verkaufsstelle unseren viele Jahre vorher bestellten Pkw vom Typ LADA endlich abholen konnten. Da ich bisher nur einen TRABANT (Zweitaktmotor mit Vorderradantrieb) fahren konnte und mir das Fahrverhalten eines Viertakters mit Hinterradantrieb noch fremd war, fuhr mich Elfi aus Bayern in dem neuen, orangeroten Auto nach Hause.

Wir freuten uns über die neue Anschaffung und bedauerten nur, dass der Tankdeckel nicht abschließbar war. In der Bundesrepublik wurde der dort sehr preisgünstige LADA auch vertrieben. Selbstverständlich gab es im Westen auch einen verschließbaren Tankdeckel. Nach Rückkehr in ihre oberbayerische Heimat schickten uns die Verwandten aus Wolfratshausen sofort einen verschließbaren Tankverschluss, den sie dort in der Ickinger Straße gekauft hatten.

Von meiner vergeblichen Suche nach einem abschließbaren Tankdeckel hatte ich zuvor dann auch recht unbefangenen meinem Bekannten- und Kollegenkreis informiert. Erstaunlicherweise sprach mich nur kurze Zeit später eine freundliche, mir nicht näher bekannte männliche Person mittleren Alters auf dem Heimweg von der Arbeit an, er habe gehört, dass ich einen Tankdeckel mit Verschlussmöglichkeit für mein neues Gefährt suchte. Er freue sich, dass er mir wahrscheinlich weiterhelfen könne. Umgehend würde er mir einen verschließbaren Deckel besorgen. Allerdings müsse ich dafür auch eine „kleine Gegenleistung“ erbringen.

Gegenleistungen waren in der DDR, in der auf Grund einer chronischen Mangelwirtschaft ein heimlicher Tauschhandel florierte, nichts Ungewöhnliches. Ich rechnete also damit, dass der freundliche Unbekannte ein anderes Teil für einen PKW suchte. Nein, getäuscht. Als ich Näheres wissen wollte, stellte es sich heraus: Er meinte, ich sollte ein paar „kleine Dienste für die Stasi“ erbringen und mich zum Spitzel machen.

Jetzt war mir auch die geheuchelte Freundlichkeit endgültig klar.

Entrüstet lehnte ich sein unmoralisches Ansinnen ab. Mit dem westdeutschen Tankdeckel geködert, der als „Geschenksendung, keine Handelsware“ an mich deklariert und von Elfi abgeschickt worden war, sollte ich der ostdeutschen Staatssicherheit einen sicher mehr als fragwürdigen Dienst erweisen. Das mir von Verwandten angekündigte „Westpaket“, auf das sich besonders unsere drei Kinder schon sehr gefreut hatten, da auch einige andere attraktive Sachen darin sein sollten, traf leider nie ein. Wahrscheinlich hatte es die Stasi beschlagnahmt und zu eigenen Gunsten ausgeschlachtet.

Eine Mitteilung über den Verbleib des vermissten Paketes erhielt ich nie. Sich darüber zu beklagen, hätte in dem angeblichen Rechtsstaat DDR damals – bis auf zu erwartende Unannehmlichkeiten für den Beschwerdeführer – nichts bewirkt.

Insofern habe ich mich über den Verlust des Paketes und die damit verbundene Ungerechtigkeit gar nicht erst beschwert, denn es hätte nicht nur Ärger für mich, sondern auch für die Familie ergeben und somit nichts eingebracht.

Ähnlich erging es mir mit einem hochwertigen wissenschaftlichen Taschenrechner, den mir meine Cousine Neldi Schott aus Augsburg geschickt hatte. Ich hätte ihn dringend für meine epidemiologische Forschung auf dem Gebiet der Zuckerkrankheit benötigt.

Auch er kam nie an. Und als ich mich bei meiner zufällig in Dömitz bei meinen Eltern anwesenden Cousine Paula Weiskopf aus Barsinghausen in Niedersachsen für den schönen Pullover bedankte, den sie mir vor einem Jahr geschickt hatte und den ich gerade trug, sagte sie zu mir: „Heinz, der Pullover sieht ja wirklich nicht schlecht aus. Aber nimm es mir bitte nicht übel, wenn ich Dir sagen muss, ich hatte dir einen anderen, einen viel schöneren geschickt.“

Mir war - eindeutig erkennbar - „second-hand-Ware“ ohne Etikett von Mitarbeitern des Zolls als „Ersatz“ in mein Paket gelegt worden. Das fabrikneue Kleidungsstück (Paulas Geschenk) wurde offenbar entnommen. Hätte ich nicht zufällig Paula das erste Mal nach mehr als drei Jahrzehnten wiedergetroffen, hätte ich von diesem staatlich vermutlich initiierten Diebstahl nie etwas erfahren.

Die DDR hatte mir ein kostenloses qualitativ hochwertiges Medizinstudium ermöglicht. Ich verdanke ihr viel und will das auch nie vergessen.

Durch eine jahrzehntelange, aus meiner Sicht ordentliche Arbeit als Chefarzt einer Diabetes-Abteilung, die mir auch große Freude bereitete, hatte ich mich ehrlich bemüht, der Republik das wieder zurück zu geben, was sie in mich vorausschauend investiert hatte.

Ich glaube, das ist mir – trotz zahlreicher unverdienter und sehr weitgehender Nadelstiche und Stolpersteine – gelungen. Ich arbeitete 1958 im Rahmen einer mir verordneten „Bewährung in der Produktion“ streng isoliert von meinen Mitstudenten, lange Zeit als Landarbeiter. Meine eigentlichen Fähigkeiten waren damals jedoch nicht gefragt. Nicht umsonst sagte mein Förderer, der bekannte Diabetologe Professor Dr. Gerhard Mohnike aus Karlsburg, im April 1958 zu mir: „Die wollen Dich im Dreck sehen.“ So geschah es ja auch, die SED-Bonzen haben sich an mir hinreichend schadloß gehalten. Insofern sind wir mehr als quitt.

Von einer Undankbarkeit meinerseits kann daher aus meiner Sicht keine Rede sein, auch wenn mir sogar einige Freunde dazu geraten haben, meine Erlebnisse doch besser nicht aufzuschreiben, denn schließlich sei ich mit 33 Jahren Chefarzt geworden und es sei mir in der Republik doch gut gegangen. Nur – so wie beschrieben – war sie (die DDR) eben auch zu mir. Ihre mir gegenüber oft drastischen Schikanen hörten nie auf. Soll ich ihr das – nur weil sie mir das Studium gewährte - dauerhaft vergessen? Die DDR besaß mehrere Jahre mein volles Vertrauen und hat es im Laufe der Zeit – zu Recht – verloren.

Dr. Heinz Schneider

Waren DDR-Zuchthäuser Sanatorien?

Wenn es nicht so ernst wäre, sollte man lachen

VOPO-General im Ruhestand Dieter Winderlich brauchte über ein Jahr, um auf meine Kritik an seinem Artikel „Was geschah im Zuchthaus Hoheneck?“ zu reagieren. Wenn er so weiter macht, wird er noch die Weltrevolution verpassen!

Zunächst einmal kann der hochrangige Vertreter der „antifaschistischen Polizei des Volkes“ nicht richtig zitieren und dann steht er auch noch mit der Rechtschreibung auf dem Kriegsfuß. Das erinnert mich an meinen Leipziger Vernehmer, MfS-Leutnant Rudolf K., der immer hinter dem Schreibtisch in einem Fremdwörter-Duden blätterte, weil er zum Beispiel nicht wusste, wie man „Orthografie“ schreibt.

Dass ich die Haftzeit Gabriele Stötzers im Zuchthaus Hoheneck um zehn Jahre aufs absehbare Ende der DDR vorverlegt habe, gebe ich zu. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass 1978/79 dort derart paradiesische Zustände geherrscht haben sollen, wie sie es in ihrem Buch „Die bröckelnde Festung“ (2002) beschreibt. Damit gibt sie nämlich jenen Apologeten der SED-Diktatur wie Dieter Winderlich eine Steilvorlage zur Diffamierung politischer Häftlinge.

Während meiner Zeit in Waldheim 1962/64 hat sich nie ein Vertreter der Bundesregierung in Bonn bei mir blicken lassen.

Ex-Vize-Minister Dieter Winderlich, der im DDR-Innenministerium unter Minister Friedrich Dickel (1913-1993) für die Überwachung der DDR-Gefängnisse zuständig war, beklagt sich darüber, dass sich seine antikommunistischen Gegner immer nur bei den „politischen“ (das schreibt er in Anführungszeichen!) Ex-Gefangenen, nicht aber bei den Ex-Volkspolizisten, die in den Strafanstalten gearbeitet haben, und bei den „Arbeitern der Arbeitseinsatzbetriebe“ erkundigen.

Warum zweifelt eigentlich niemand die in zahlreichen Büchern veröffentlichten Erlebnisberichte von Ex-KZ-Häftlingen an? Könnten sie nicht gelogen oder, von Rachedgedanken erfüllt, verzerrt berichtet haben, um ihre einstigen Bewacher

nachträglich zu verleumden? Hätten da nicht auch die Funktionshäftlinge, zumeist Kriminelle, oder die Schlägertypen von der SS-Wachmannschaft oder die Industriebosse von Krupp, Thyssen und IG-Farben, die an der Ausbeutung der KZ-Inassen Millionen verdient haben, befragt werden müssen, um ein vollständiges Bild von der Situation in den Konzentrationslagern zu gewinnen? Dann lässt sich unser Klassenkämpfer auf zwei Seiten über die Verpflegungssätze in DDR-Gefängnissen aus und will uns weismachen, so, wie es da stand, wurde es auch ausgeführt. Als ich meinen MfS-Vernehmer im Herbst 1961 in Leipzig fragte, warum es in der DDR kein Briefgeheimnis gäbe, las er mir den betreffenden Paragraphen aus der DDR-Verfassung vor, dass das Briefgeheimnis gewahrt werde. Der glaubte tatsächlich, wenn es da stand, würde es auch eingehalten.

Mit der Verpflegung war es in Waldheim so: Wir haben täglich ausreichend zu essen und zu trinken bekommen, sind also nicht verhungert. Aber wir wussten auch, dass die Kalfaktoren-Truppe, durchweg Kriminelle, die von der Volkspolizei eingesetzt war, sich immer die besten Brocken aus dem Essen fischte und wohlgenährt durch die Anstalt lief. Wir sahen es, unternahmen konnten wir nichts, eine Beschwerde wäre nicht angenommen worden. Selbst die Vollmilch, die für Häftlinge mit geschlossener Tbc ausgegeben wurde, war gepanscht. Einige Liter wurden abgezweigt und gegen Zigaretten eingetauscht, die Restmilch wurde mit Wasser aufgefüllt. Mit einem Wort: Dieter Winderlich hat keine Ahnung vom DDR-Strafvollzug!

Schließlich erwähnt er noch, dass „ausländische Staatsbürger“, wozu er auch die Bundesbürger zählt, „von den diplomatischen Vertretern ihrer Heimatländer regelmäßig besucht und betreut“ wurden. Während meiner Zeit in Waldheim 1962/64 hat sich nie ein Vertreter der Bundesregierung in Bonn bei mir blicken lassen, bei anderen westdeutschen Häftlingen auch nicht.

*Dr. Jörg Bernhard Bilke
Coburg, 3. Mai 2011*

Die Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Gefunden im Internet:

Zu dem im Internet im Kulturmagazin TabulaRasa veröffentlichten Beitrag „Die ‚Volkspolizei‘ und die DDR-Zuchthäuser - Dieter Winderlichs ‚humaner Strafvollzug‘ von Dr. Jörg Bilke, der auch schon in der Fg erschien, findet sich folgender Kommentar:

Aus dem Artikel sprüht der Haß auf die DDR und er besteht aus Falsch-aussagen. Beispiel: Gabriele Stötzer war nicht 1988/89 in Haft, sondern 1977/78. Somit sind alle Schlussfolgerungen und Wertungen falsch.

Hierzu einige Anmerkungen:

Dr. Jörg B. Bilke hat sich bereits in einem früheren Beitrag in der Fg mit den Behauptungen von Frau Stötzer auseinandergesetzt. Geradezu einzigartig tritt uns in seinem Beitrag der Auszug aus den Schilderungen mit folgendem Inhalt entgegen, dessen poetische Sprachformulierung an Hermann Hesse oder Jacob Wassermann erinnert und aus dem eine Phantasiebegabung spricht, wie sie nicht mal die Story-Liner in den abartigen Fernseh-Soaps der Gegenwart an den Tag legen:

„In den Paketen ließ sie sich Parfüm, Zahnbürsten, Wimpernspiralen, Deostifte, Lidschatten und Schreibwaren schicken ... Zum Sprecher wechselten Äpfel, Zitronen, Erdbeeren, Kirschen, Himbeeren über das Jahr hin zu Pampelmusen, Bananen und Apfelsinen“.

Hierzu lässt sich bestenfalls erwidern: Im gemeinen DDR-Strafvollzug erhielt man, so man nicht durch mangelnde Normerfüllung oder Querulantum auffiel, viermal im Jahr einen Paket-schein für eine 3 kg-Sendung, in der weder Tee noch Kaffee, auch keine (alkoholfreien) Flüssigkeiten enthalten sein durften. ... Zum Sprecher, so die Angehörigen sich nicht vor den Schikanen des Wachpersonals scheuten, *wechselten über das Jahr* hin Drohungen mit Beschimpfungen (zuweilen auch mit Schlägen), sollte man sich unterstehen, über die Verhältnisse im Zuchthaus oder das einem zum Verhängnis gewordene Delikt auch nur andeutungsweise zu reden. *B. Thonn*

Gezielte Familienzersetzung und Verfolgung mit verheerenden Folgen

Wie die achtköpfige Familie Lappe der DDR trotzte und dafür bitter zu büßen hatte

Mehrfach schon veröffentlichte die Fg Beiträge unseres Kameraden und Lesers Christian M. Lappe, der seit etlichen Jahren in den USA lebt und von dort mit regem Interesse das Geschehen in der VOS, aber auch in der politischen Szene Deutschlands verfolgt. Zu diesen Beiträgen gehörten Gedichte, Erfahrungsberichte und Kommentare, die auch in der damals von unserem tatkräftigen Kameraden Wolfgang Stiehl betriebenen Internetseite veröffentlicht wurden. Inzwischen liegt uns auch ein mehrseitiger Bericht des Kameraden Lappe vor, in dem dieser über seine achtköpfige Familie, sich selbst und die Verfolgungserlebnisse in der DDR erzählt. Wiewohl er selbst diese interessante Replik als Kurzfassung bezeichnet, sieht sich die Redaktion veranlasst, denselben in Fortsetzung zu veröffentlichen. Eine Methode, die in unserer Zeitung ja nicht erst seit Kurzem genutzt wird und die bei den Leserinnen und Lesern durchaus ankommt.

Der auch für andere ehemalige Häftlinge und Verfolgte aufschlussreiche Bericht wird ergänzt durch die chronologische Darstellung der Ereignisse, die Christians Schwester Anna Maria abgefasst hat.

Zur Erinnerung: Kamerad Christian M. Lappe, der in Atlanta, der Hauptstadt des südlichen US-Bundesstaates Georgia, lebt, nahm im Frühjahr 2001 mit der VOS Kontakt auf, nachdem er auf die Internetseite der VOS-Sachsen-Anhalt aufmerksam geworden war. Er schrieb Gedichte und Kommentare zur deutschen Gegenwart und zur früheren DDR und sandte diese an Wolfgang Stiehl. Im April dieses Jahres entschloss sich Christian M. Lappe, trotz der räumlichen Entfernung zu Deutschland, die jedoch durch die emotionale Nähe zu unseren Kameradinnen und Kameraden überbrückt wird, Mitglied der VOS zu werden. Nachfolgend nun der erste Teil des Beitrags von Christian Lappe.

Mein Vater (vor drei Jahren starb er im Alter von 92 Jahren) war evangelischer Pfarrer. Vor und während des Zweiten Weltkrieges war er Mitglied in Dietrich Bonhoeffers Bewegung gegen die Nazis - Bekennende Kirche. Er hatte aber Glück, nicht im KZ zu landen. Nach dem Krieg war er Gemeindepastor, erst nahe Halle/Saale (wo ich auch 1943 geboren wurde), dann in Arzberg bei Torgau, wo er als Pfarrer fünf Gemeinden betreute (unter dem kommunistischen Regime waren die Pfarrer knapp und wurden zudem von der SED und der Staatssicherheit schikaniert und überwacht).

Wir waren in unserer Familie sechs Geschwister, drei Jungen und drei Mädchen. Davon, um etwas vorzugreifen, sind vier nach der Verhaftung durch die Staatssicherheit, zum Teil nach mehrfachem politischen Gefängnisaufenthalt, vom Westen freigekauft worden. Die Bundesregierung sorgte bekanntlich durch ihr Freikauf-

programm dafür, dass über Jahrzehnte hin politische Häftlinge die DDR auf diesem Weg verlassen durften.

Es ist recht aufschlussreich und demaskierend für die Verhältnisse in der DDR (bzw. in Ostdeutschland) von 1945 bis 1989 - wenn man sich vor Augen hält, dass mein Vater wegen seines Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur fast ins KZ gekommen wäre und nur weil der Krieg zu Ende war, frei blieb. Dass aber dann vier seiner sechs Kinder (eine Schwester wurde ohne Haft abgeschoben) in den Westen verkauft wurden, weil sie eine solche Gefahr für die sozialistische Gesellschaftsord-

nung, für die Erben oder besser die Fortführer des sozialistischen Faschismus waren.

Natürlich kann ich an dieser Stelle nicht jede einzelne Begebenheit aus unserer Familie berichten. Hier deshalb ein ausgewähltes Beispiel: Der Verlobte und spätere

Mann meiner Schwester Maria hatte alles nur Mögliche versucht, sie aus der DDR in den Westen zu holen, wurde aber von den DDR-Behörden über Jahre nur hingehalten. Er versuchte angesichts der unüberwindbaren Ausweglosigkeit sie mit einer Flucht-Helfer-Organisation in den Westen zu schleusen. Die Staatsicherheit hatte jedoch Spitzel in dieser Organisation, und meine Schwester wurde an der Grenze aus dem Auto-Versteck herausgeholt und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Zur gleichen Zeit versuchte mein Bruder Viktor nach Westdeutschland zu fliehen. Auch er wurde an der Grenze verhaftet und landete im Stasi-Zuchthaus. Vorgehend: Dieser Bruder wurde im Zuchthaus mit verschiedenen Methoden gequält, so dass er versuchte, sich das Leben zu nehmen. Man verhinderte dies, aber er hatte durch seine Erfahrung als politischer Gefangener bei der Stasi einen solchen Schaden genommen, dass er sich später, als er dann im Westen war, schließlich doch umbrachte. Dieser schreckliche Schritt hatte unter anderem damit zu tun, dass man Victor, so wie auch uns andere in den Westen verkaufte Geschwister, nicht mehr in die DDR einreisen ließ. So konnten wir weder unsere Eltern noch Monika, die letzte in der DDR verbliebene Schwester, besuchen. Dies hat uns unsere Mutter, die nun 92 Jahre alt ist und noch in Leipzig bei eben dieser Schwester Monika lebt, auch bestätigt.

Zurück zu der oben geschilderten, fast auf den Tag gleichzeitigen Verhaftung meiner Schwester Maria und meines Bruders Victor. Auch ich wurde verhaftet als ich versuchte, von Ungarn nach Jugoslawien über die Grenze zu fliehen, um auf diesem Umweg in den Westen zu gelangen. Dies war bereits meine vierte Verhaftung durch die Staatssicherheit. Mir war vorher der Personalausweis entzogen worden, und ich wurde vor allem durch meinen Betriebsleiter, der ein guter Parteigenosse war und über mich diverse Berichte bei der Stasi abliefern konnte, überwacht.

→ S. 13 oben

Das Häftlings- und Verfolgungschicksal

Somit war ich außerstande, den Kreis Bernburg zu verlassen, außer es lag eine Erlaubnis vom Betrieb oder der Behörde vor. Dabei hatte sich der Betriebsleiter, dieser vorbildliche Parteigenosse, mir gegenüber als Hasser des Sozialismus offenbart. Er selbst wollte mit allen Mitteln das „DDR-Paradies“ verlassen. Da er mein Stasi-Dossier kannte und wusste, was ich politisch auf dem Kerbholz hatte, war es kein Risiko für ihn, sich mir gegenüber zu offenbaren. Für mich war es schon riskant, jedoch sah ich erneut einen Hoffnungsschimmer, um aus der DDR zu fliehen. Um es kurz zu machen, er und ich haben nach dieser von mir sehr unbedarft gezeigten Gesinnungs-Offenbarung gemeinsam die Flucht in den Westen geplant. Unser erstes Vorhaben, in einer eingeschweißten Kammer in einem der Zementtransporter, die täglich von Bernburg nach Westdeutschland fahren, illegal in den Westen zu gelangen, klappte nicht. Es musste uns also etwas anderes einfallen.

Der genannte zuverlässige Genosse Betriebsleiter beantragte und erhielt ein Visum für den Besuch der Volksrepublik Ungarn. Ich konnte mir diesen Antrag ersparen, da ich den Kreis Bernburg ohnehin nicht verlassen durfte. Folglich sind wir separat in die Tschechoslowakei gelangt, er mit seinem Auto; und ich bin bei Oberwiesenthal zu Fuß über die grüne Grenze gegangen. Nach einigem Suchen hat er mich gefunden, und wir

leiter wollte nahe der Grenze Umschau halten und sich mit der Gegend vertraut machen, eventuell auch bei Passanten Erkundigungen einziehen. Er hatte aber nicht mit dem wachsamen Auge der ungarischen Grenz-Anwohner gerechnet.

Später erfuhren wir, als wir in Ungarn noch gemeinsam in einer Zelle mit Leuten aller möglichen Herkunft saßen, dass an der Grenze quasi jeder Anwohner den Auftrag hatte, Verdächtiges sofort der Polizei (dem Äquivalent der DDR-Staatssicherheit) zu melden. Deshalb verhaftete man meinen Fluchtbegleiter, jagte und verhaftete mich dann nur Minuten später ebenfalls. Wir wurden in Handschellen mit einem Flugzeug nach Berlin gebracht. Nun lief natürlich alles getrennt ab. Monatelange Verhöre, Einzelhaft und mehr. Dann ein arrangierter Schauprozess in Bernburg. Mit einem reuevollen SED-Mitglied. Der Genosse Betriebsleiter bat die Partei dringend, ihm seinen Abfall von der SED-Religion zu vergeben und gab mir, dem bereits politisch Vorbestraften, alle Schuld. Ich hätte ihn überredet, und er hätte sich von mir verleiten lassen; er könne das inzwischen selbst nicht begreifen. Er wurde dann vorzeitig in die DDR entlassen. Ich selbst kam im Dezember 1971 durch Freikauf in die Bundesrepublik.

Meine letzte eben geschilderte (vierte) Verhaftung, fand – wie bereits erwähnt – zur gleichen Zeit statt wie



Die endlos scheinenden Highways spiegeln eine ebenso endlos scheinende Freiheit in der USA wider – das Gegenteil zu den Verhältnissen in der DDR (Foto: A.R.) – **Lesen Sie in der nächsten Fg die Fortsetzung**

sind mit dem Auto quer durch das Land bis an die ungarische Grenze gefahren.

Dort war es schon schwieriger. Er ist vorschriftsmäßig mit dem Auto über die Grenze nach Ungarn, ich jedoch schwamm illegal durch einen Grenz-Fluss, wobei ich meine Sachen über den Kopf halten musste, damit sie nicht zu nass wurden. Ein Angler der am Flussufer saß, sprang auf und fuchtelte erregt mit den Armen, aber ich denke, dass er sich nach einer Weile wieder beruhigte, denn bei den später folgenden endlosen Verhören in Ungarn Berlin und Halle wurde von diesem Vorfall nichts erwähnt.

Als wir nun etwa 2 km vor der jugoslawischen Grenze waren, stieg ich aus dem Auto und lief von der Grenze zurück, was wir nicht für auffällig hielten, weil hier viele Fußgänger unterwegs waren. Der Genosse Betriebs-

die meiner Geschwister Maria und Viktor. Unsere Eltern wussten nichts von unseren Flucht-Vorhaben, auch wir wussten gegenseitig nichts voneinander.

Für die Mitwisserschaft bei Fluchtvorhaben ging man zu DDR-Zeiten auch ins Gefängnis, das war einer der Gründe, weshalb keiner dem anderen etwas gesagt hatte. Nach der Verhaftung ließ die Behörde meine Eltern über unser Schicksal für zwei Monate im Unklaren, und erst im Laufe der Verhöre, von denen auch die Eltern nicht verschont blieben, erfuhren sie, dass wir bei der Staatssicherheit in der Untersuchungshaft waren.

Christian M. Lappe→

Fortsetzung nächste Fg

Das Zitat:

Wer den Fluss überquert, muss die eine Seite verlassen.

Mahatma Gandhi

Geschickt mit dem Zeitgeist der Geschichte tarnen

Fragen nach dem Konservatismus unserer Zeit, die sich mit der Rolle der Erfahrung und der Deutung von Erfahrungen in der Geschichte sowie den Wahrheiten der Geschichtswissenschaft auseinandersetzen

Konservatismus gründet sich sehr stark auf Erfahrungen und versucht, das, was sich bewährt hat, zu bewahren. Im Gegensatz zu den radikalen Revolutionären und Erneuerern in der Gesellschaft ist das konservative Denken und Verhalten von Menschen richtiger und logischer. Denn was man hat, weiß man. Einer der bekanntesten konservativen Sprüche heißt daher auch „Keine Experimente!“ (Konrad Adenauer).

Mit Blick auf die ganze Gesellschaft kann man sagen, es gehört zur Gesundheit eines Menschen genauso wie zur Gesundheit einer Gesellschaft, dass man versucht, ein inneres Gleichgewicht herzustellen. Das gibt dem Einzelnen selbst, genauso wie der ganzen Gesellschaft inneren Halt und Zufriedenheit. Wo das der Einzelne nicht hat und am linken, rechten oder am religiösen Rand fanatisiert ist, wird das Denken abgeschaltet. Wo es der Gesellschaft nicht gelingt, wie wir das jetzt in den arabischen Ländern sehen, oder wie es uns am 19. Februar in Dresden, oder noch öfter in Berlin-Kreuzberg immer wieder vorgeführt wird, herrschen rohe Gewalt und Chaos.

Eine Gesellschaft ist eine Gemeinschaft. Die deutsche Gesellschaft ist eine deutsche Gemeinschaft mit deutscher Kultur, auch wenn das manche nicht wollen und auch wenn sie heute zerrissen ist und christliche, humanitäre Werte genauso aushalten muss wie linke und kommunistische Ideologien in den Köpfen und zusätzlich fremdländische Einwanderung.

Aushalten bedeutet aber nicht, dass wir unseren Politikern alles erlauben dürfen. Man kann nicht alle Wurzeln abschneiden und einfach ein neues Programm erfinden und auf ein leeres Blatt Papier schreiben. Das ist menschenfeindlich! Wer verändern will, muss beweisen, dass das, was er vorhat funktioniert. Der Veränderer, der Experimentierer hat die Beweislast. Wenn Politiker heute nicht sachlich überzeugend argumentieren, sondern sich unklar ausdrücken oder demagogisch Behauptungen aufstellen, fällt das auf. Die geringste Reaktion darauf ist noch der Boykott von Wahlen.

Die Wurzeln werden m. E. nicht nur in der Finanz- und Währungspolitik gekappt, sondern auch in anderen Bereichen: Viele große deutsche Aktiengesellschaften und Konzerne verlagern die Produktion nach China und in andere "Billigländer". Natürlich nimmt auch die von der Politik z. T. verantwortungslos gelenkte kulturelle Unterwanderung Ausmaße an, die nicht erst seit Sarrazins Buch bedenklich sind.

„Wir brauchen Einwanderung, weil wir ausländische Fachkräfte brauchen!“, tönt es von allen Seiten der Politik. Es ist schon allein Unsinn und völlig falsch, die Einwanderungspolitik nur allein nach ökonomischen Gesichtspunkten auszurichten. Denn wie sieht es mit den seelischen Gesichtspunkten aus, wie mit den kulturellen usw.? Hat dafür ein Politiker, eine Regierung etwa keine Verantwortung? Umso weiter weg z. B. der Einwanderer gegenüber unserer Kultur ist, je fremder seine kulturellen Werte gegenüber unseren deutschen sind, umso schlechter und umso schwieriger ist es, ihn zu integrieren. Und umso schwieriger ist das für uns Deutsche, das auszuhalten.

Es scheint, dass die Politiker das nicht unbedingt begreifen oder nicht begreifen wollen! Sie arbeiten offenbar darauf hin, dass die Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt, kulturell, sozial, politisch etc.

Das Konservative ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland immer mehr an den Rand gedrängt und verleumdet worden. Der Begriff *konservativ* wurde auch mit Hilfe der Medien immer mehr in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. Doch die Fehler Einzelner aus der Geschichte auf ein für die Gesellschaft notwendiges Korrektiv auszudehnen, ist grundfalsch. Die CDU/CSU und auch die SPD verleugnen heute fast vollständig eine konservative Haltung. Dabei hätten diese Parteien doch in den Gründungsvätern der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, ihre großen Vorbilder. Wäre es nicht gut für unser Land und unser Volk, wenn heute immer jemand da wäre, der politisch

die Bremse anziehen würde, der einmal mehr oder weniger ins Speichenrad der Politik greifen würde, wenn allzu eifrige Vorwärts-Stürmer in Brüssel mehr und mehr überzentralisieren wollen, wenn finanzpolitisch immer unüberblickbarer deutsche Steuergelder in alle Welt fließen, wenn der Fokus immer mehr auf Zuwanderung aus der islamischen Welt gelegt wird?

Die fehlende konservative Haltung im Lande scheint es übrigens auch zu sein, dass linker Extremismus nicht beim Namen genannt wird und wenn, dann nur verschämt am Rande. Die Tarnung dieses „Ismus“ mit „antifa“ schreckt offenbar jeden Politiker ab. Man muss sich eben nur geschickt mit dem Zeitgeist tarnen, dann kann man sich heute in Deutschland alles erlauben, sogar Polizisten töten. Aber das kennen wir ja schon von Erich Mielke ...

Nicht unerwähnt soll zuletzt unser großer deutscher Philosoph Immanuel Kant sein, der ebenfalls ein Konservativer war. Die Russen bzw. Sowjets präsentierten ihn uns fälschlicherweise als den Vordenker von Marx. Unseren Politikern gibt er mahnend auf den Weg: „Durch Klarheit und ungekünstelte Überzeugung die Vernunft in eine Ordnung der Zwecke zu bringen.“ Kant mahnt, dass es notwendig ist, die Grenzen unserer Vernunft zu bestimmen- und zwar „nach sicheren Grundsätzen. Die Fahrt unserer Vernunft sollte nur so weit gehen, als die stetig fortlaufenden Küsten der Erfahrung reichen, ohne uns auf den Ozean zu wagen, der uns unter immer trügerischen Aussichten am Ende nötigt, alle beschwerliche und langwierige Bemühung als hoffnungslos aufzugeben.“

Es scheint jedoch, als wagten sich unsere Politiker immer weiter auf den *Ozean* hinaus und dies unter „immer trügerischen Aussichten“.

Wo ist da der „Konservatismus“ im Lande, der sich an den Grenzen der Erfahrung orientiert, der den Mut aufbringt, gegen einen von Vordenkern gemachten und in die falsche Richtung galoppierenden Zeitgeist zu opponieren?

Bernd Müller-Kaller

Wird aus dieser Welle irgendwann noch ein Tsunami?

Im Juni findet in Berlin der nächste Kommunismus-Kongress statt. Wird auch wieder getreten?

Man hätte es nicht geglaubt. Nachdem die Empörung kürzlich bis auf den Bundestag übergreifen hatte und sich alle Parteien – mit Ausnahme der Linken, deren Vorsitzende Gesine Löttsch im Eingeständnis ihrer Schuld und ihrer Unfähigkeit, diesbezüglich eine annähernd sachliche Diskussion zu führen, das Weiße gesucht hat – vernichtend, emotional und doch sachlich über Kommunismus-Theorien und alles, was damit in Verbindung gebracht wird, äußerten, geht es nun in eine weitere Runde. Vom 2. bis 5. Juni findet in Berlin ein Kongress unter dem viel sagenden Motto „Marx is Muss“ statt, was naheliegend auf den *Marxismus* und dessen Inhalte abzielt. Die Ankündigung im Internet ist so farbenfroh wie anderswo die Werbung für Coca Cola oder McDonalds. Die Gesichter, die uns entgegen strahlen, zeugen von Lebensfreude, Zukunftsorientierung und grenzenloser Humanität. Die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist gemischt, die Programmt Themen sind deutlich ausgewiesen. Es deutet rein äußerlich alles darauf hin, dass hier über das Wohl der Menschheit, um eine glückliche Zukunft für die gesamte Menschheit geredet werden soll. Doch den Irrtum kennen wir ja. Es wird wieder, weiterhin, immer noch und endlos über den Kommunismus geredet. Und da wäre es wahrlich angemessen, man präsentierte auch die Bilder von einst, die diese Gesellschaftsform unauslöschlich geprägt haben. Mauerbau, SM 70, Verhaftungen, Zwangskollektivierung, Kalaschnikows, Einmarsch in Afghanistan, Katyn, Mittelstreckenraketen, Killer-Kommando Lutz Eigendorf, Robert Havemann. Die Liste wäre quasi unendlich (wiewohl es nach der Marx'schen Philosophie keine Unendlichkeit gibt). Es wird vor allem darüber geredet, dass man den Kommunismus einführen sollte. Nicht über *das Wie*, das die Gewaltausübung von nicht mal einem Prozent der Gesellschaft gegen die übrigen 99 wäre. Geredet wird auch über den Kampf gegen Rechts. Möglicherweise wird er mit Stahlkappenschuhen und Vermummungshauben wieder gegen friedliche Demonstranten vorexerziert.

Laut Ankündigung ist diesmal auch Oskar Lafontaine dabei. Ist er nicht eher Sozialdemokrat? Seine Argumentationsweise in der Talk-Show zum Kommunismus bei Anne Will war freilich ausgesprochen mager. Darin unterschied er sich nicht vom Rainer Brüderle, der den Kommunismus bestenfalls als Abstraktion zu empfinden scheint. Lafontaine hingegen, der den Kommunismus am Beispiel der Vergesellschaftung der Zeitschrift Spiegel veranschaulichen zu können meinte, konnte sich noch nicht mal vorstellen, dass die genossenschaftliche Eigentumsform keine wirklich sozialistische Eigentumsform ist. Offenbar fehlen ihm die drei bis vier Jahrzehnte DDR-Praxis, die die DDR-Oppositionellen geprägt haben. Inhaltlich stellt sich indessen die Frage: Was ist am Kommunismus so interessant? Hat er mehr zu bieten als die sozialen Verbesserungen, die wir ohnehin auf demokratischem Wege anstreben? Als da wären: Mindestlöhne, abgeschaffte oder gestaffelte Studiengebühren, Stopp der Preistreiberei bei Energiekosten und anderes. Kommunismus bedeutet unter anderem auch Enteignung und Aufteilung von Privatbesitz. Wir wissen vom *ruhmreichen* Lenin, dass er diesbezüglich auch bei Spitzenpolitikern nicht Halt macht. Vielleicht würde Oskar Lafontaine seine Einstellung zum Kommunismus ändern, wenn nach der Revolution acht Familien, vorwiegend Hartz-IV-Empfänger, in seine Villa im Saarland einziehen würden. Protest zwecklos, ansonsten warten die vermummten Kommandos. Viele demokratisch gesinnte

Kräfte im Land wollen die Gesellschaft verändern und verbessern. Der Unterschied zu den Kommunisten ist nur, dass es ohne Gewalt geschehen soll. Und das allein ist ein Grund, dass wir keine Kommunismus-Kongresse mit intoleranter Meinungsmache brauchen. Immerhin hat die Landtagswahl in Bremen gezeigt, wo die Linken auf mäßige 5 Prozent kamen, dass das Interesse an der Partei und ihren Ideen stark abnimmt. *B. Thonn*

Satzungsänderung einstimmig beschlossen

Eintragung ins Vereinsregister erfolgt

Um der Beanstandung des Finanzamtes abzuwehren, hatte der Bundesvorstand am 28.02.2011 beschlossen, eine Abstimmung über eine Satzungsänderung nach § 16 Absatz 4 Satz 1 der Satzung durchzuführen. Mit deutlicher Mehrheit sprachen sich die Delegierten im März 2011 für die Durchführung der Abstimmung aus. Im Ergebnis zur Sache votierten die Delegierten einstimmig dafür, in die Satzung der VOS in § 2 Absatz 2 den Satz einzufügen: „Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins“.

Diese Änderung war notwendig geworden, um die Gemeinnützigkeit der VOS über den bis 26.11.2011 bescheinigten Zeitpunkt hinaus bewilligt zu bekommen. Die Eintragung dieser Satzungsänderung ist beim Vereinsregistergericht am 20.04.2011 erfolgt. Entgegen anderslautender Behauptungen ist die Abstimmung also korrekt verlaufen.

Der Bundesvorstand der VOS

Wir trauern um

**Ursula Atlas
Dietmar Wolter
Hans Heymann
Hans Gillarek
Kurt Simon
Günter Blaumann
Eckhard Schulz
Josef Gerlach
Werner Schmidt**

Werner Schmidt war Mitglied der VOS seit dem 01. April 1951

**Bezirksgruppe München
Bezirksgruppe Bernburg
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Gera
Bezirksgruppe Bremen
Bezirksgruppe Hamburg
Bezirksgruppe Bonn
Bezirksgruppe München**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

...deshalb schweigen wir nicht

Christian M. Lappe, der in Atlanta in den USA lebt und sein Geschichtsbewusstsein behalten hat, mit einem Gedicht zur Situation der ehemaligen politischen Häftlinge

Es ist an der Zeit nun, du solltest vergessen.
Die Stasi, die gibt es schon lange nicht mehr.
Es wird nichts so heiß wie's gekocht wird gegessen,
Zwar hast du für Jahre in Lagern gegessen;
Vergiss es doch! Mach dir das Leben nicht schwer!

Bedauern uns lächelnd, ironisch, seit Jahren,
Unwissend, vergesslich, vom Schicksal verschont,
Zu viele, - die frei, blind, dumm, folgsamer waren?
Wir haben's am eigenen Leibe erfahren,
Wie man Freiheits-Sehnsucht mit Zuchthaus belohnt.

Ost-Deutschland war angstvoll der Dummheit
verpflichtet,

Die Intelligenz war Partei-integriert.
Der Staatsfeind, die Wahrheit, war längst hingerichtet,
Die ständige Pleite, - zum Sieg umgedichtet,
Der Westen bezahlte, - es lief wie geschmiert!

Nun wollt ihr vergessen, nicht hören, nicht wissen,
Dass Lüge und Selbstbetrug - Karriere hieß.
Ihr 'Folgsamen' opfertet euer Gewissen;
Für Posten, für Orden und für die Leckerbissen,
Die man euch als Lohn - für Verrat überließ.

Benutzt wurden Dumme, der Rest wurde gezwungen,
So wurde dem Volk der Charakter zerstört;
Der potemkinsche Staat wird aus vollen Lungen,
Vom "Volks-Kindergarten", als Fortschritt besungen
Und der Westen hat kopfschüttelnd zugehört.

Wir wollten das Irrenhaus früh schon verlassen,
Man verhaftet uns auf dem Weg nach Berlin.
Die Mauer stoppt später die flüchtenden Massen.
Die Stasi war emsig, sie alle zu fassen,
Es war so, als wollte ganz Ostdeutschland entfliehen.

Als wir in den sechziger Jahren studieren,
Sozialistische Praxis und Menschenrecht...
Im Leipziger Zuchthaus, nach dem Demonstrieren,
Da stehen wir, bis wir das Bewusstsein verlieren,
Die Demonstration, - die bekam uns sehr schlecht.

Wir waren Verbrecher, laut Stasi-Verfassung,
Man sperrt uns zu denen, die wirkliche sind.
Zerstört uns sozial, man versagt uns die Bildung,
Bestraft sozialistisch, - per Arbeits-Erziehung -
Zeigt uns die Partei, dass sie immer gewinnt.

Von uns sechs Geschwister, sind fünf noch am Leben,
Gequält von der Stasi, vom Westen befreit.
Wir haben uns nie ihrer Dummheit ergeben,
Dem Ziel frei zu sein, dem galt all unser Streben,
Das bleibt unvergessen - Auch wenn man verzeiht!

Die Opfer verhöhnt man - anstatt sie zu ehren?
Es fehlt ein Gesetz - gegen roten Betrug!
Nun müssen wir uns gegen Nostalgie gar noch wehren!
Stoppt die, die verdummen, verführen, verklären!
Wann haben wir von deren Frechheit genug?!

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (704) erscheint im Juni 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 703: 19. Mai 2011